

Protokoll

über die Sitzung

**des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Tourismus
am Dienstag, dem 11.09.2018, 19:00 Uhr,
im Rathaus in Friedeburg**

Anwesend:

→ Ausschussmitglieder

Björn Fischer, Marx
Maike Behrens, Friedeburg
Andreas Haak, Etzel
Frauke Heeren, Reepsholt
Thorsten Hyda, Friedeburg
Walter Johansen, Horsten
Hans-Hermann Lohfeld, Friedeburg Vertretung für Ratsfrau Maike Eilers
Stefan Meyer, Horsten Vertretung für Ratsherrn Henning Weißbach
Doris Stehle, Horsten

→ beratendes Mitglied

Ole Weber, Jugendparlament

→ Vertreter der Verwaltung

GOR Hans-Werner Arians,
Helfried Goetz, Bürgermeister
GA Nils Janßen,
Dipl.-Verw.-Betriebsw. (FH) Nicole Meyer, Protokollführerin

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der öffentlichen Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete um 19:00 Uhr die öffentliche Sitzung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellte fest, dass form- und fristgerecht mit Schreiben vom 30.08.2018 zur Sitzung eingeladen worden und der Ausschuss beschlussfähig sei. Einwendungen dagegen wurden nicht erhoben.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung - öffentlicher Teil

Rfrau Stehle wies darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt zum Sachstand der Erstellung der Eröffnungsbilanz in vergangenen Ausschüssen immer im öffentlichen Teil gewesen sei. Es bestünde großes Interesse der Öffentlichkeit an diesem Projekt, weshalb diese nicht ausgeschlossen werden dürfe.

Der BM erklärte, dass derzeit keine geprüften Zahlen vorlägen und die Bilanz sich nach der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt noch ändern könne. Das Projekt Eröffnungsbilanz sei der Sache nach ein Thema für die Öffentlichkeit, weshalb die geprüfte Bilanz veröffentlicht werde. Der Sachstandsbericht sei jedoch nur als Zwischenergebnis zu betrachten.

Rfrau Stehle stellte den Antrag, über die Verschiebung des Tagesordnungspunktes 19 von dem nichtöffentlichen Teil in den öffentlichen Teil der Tagesordnung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Tourismus, abzustimmen.

Dem Antrag wurde mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13.06.2018 - öffentlicher Teil

Das Protokoll der Sitzung vom 13.06.2018 – öffentlicher Teil – wurde mit 5 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen genehmigt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Hierzu gab es folgende Wortmeldungen:

Frau Lange aus Horsten:

Frau Lange erkundigte sich, warum die Eröffnungsbilanz für das Jahr 2011 erst jetzt im Jahr 2018 fertiggestellt werde. In der Privatwirtschaft würde die Erstellung der Bilanz nicht so lange dauern.

Der BM erklärte, dass in 2016 noch einmal bei null angefangen worden sei, da die Dokumentation des ersten Entwurfs nicht ausreichend und somit nicht prüffähig gewesen sei. Die Gemeinde Friedeburg sei zwar die letzte Gemeinde im Landkreis Wittmund, die die Eröffnungsbilanz fertig stelle, jedoch nicht bundesweit.

Die nachträgliche Erfassung der Daten aus dem Jahr 2011 sei sehr zeitintensiv.

Frau Lange wies darauf hin, dass die Gemeinde Friedeburg für die nächsten Jahre immer im Nachzug sei bei der Erstellung der Abschlüsse.

TOP 6 Mitgliedschaft im Oldenburgisch-Ostfriesischem Wasserverband (OOWV) Vorlage: 2018-079

Herr Kraft und Herr Pulina vom Oldenburgisch Ostfriesischen Wasserverband (OOWV) erläuterten die Sach- und Rechtslage anhand einer Präsentation. Die Präsentation ist als Anlage zum Protokoll beigefügt.

Der BM fragte, warum der OOWV Fachkräfte im Gastgewerbe ausbilde.

Herr Pulina erklärte, dass der OOWV Gastronomie in der eigenen Kantine betreibe sowie Ferienwohnungen auf den Inseln.

Der BM erklärte, dass er der Überzeugung sei, dass die Versorgung von Trinkwasser nicht in private Hände gehöre. Da die Gemeinde Friedeburg kein Leitungssystem für Trinkwasser habe, sei eine Mitgliedschaft im OOWV als funktionierende, öffentliche Konstitution eine Alternative.

Rfrau Behrens fragte, ob und wann die Betriebsstätte in Wiesedermeer stillgelegt werde.

Herr Kraft bestätigte, dass eine Stilllegung geplant sei. Er könne den Zeitpunkt nicht genau benennen, da Baupläne sich verschoben haben. Derzeit werde mit einer Fertigstellung der Betriebsstätte im Landkreis Aurich im Jahre 2023 gerechnet. Herr Kraft erklärte, dass Wiesedermeer zentral über den Landkreis Aurich versorgt werde, sodass das Gebäude in Wiesedermeer nicht mehr benötigt werde. Es gebe bereits mehrere Anfragen zur Nutzung des Gebäudes.

Rh. Lohfeld sprach sich für eine Mitgliedschaft aus, da die Gemeinde Friedeburg alternativlos sei. Das Leitungssystem der Gemeinde sei nicht ausreichend und ein Eigenbetrieb nicht zielführend.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 29.08.2018 wurde mit 9 Ja-Stimmen zugestimmt.

Dem VA wird empfohlen, dem Rat folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Die Gemeinde Friedeburg beantragt ihre Mitgliedschaft im OOWV und erteilt ihr Einvernehmen zur Übertragung der Aufgabe der Trinkwasserversorgung auf den OOWV. Dem Begleitvertrag zur Mitgliedschaft für den Bereich Trinkwasser (Anlage 2) wird zugestimmt.

**TOP 7 Bericht über die Haushaltslage
Vorlage: 2018-080**

GOR Arians berichtete ausführlich über die aktuelle Haushaltslage.

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

**TOP 8 Sachstand Erstellung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2011
Vorlage: 2018-077**

Dipl.-Verw.Betriebswirt. (FH) Meyer berichtet über den aktuellen Sachstand der Erstellung der Eröffnungsbilanz.

Der BM erklärte, dass der zweite Versuch der Erstellung der Eröffnungsbilanz eine Mammutaufgabe für alle Beteiligten gewesen sei, die in Rekordzeit erledigt wurde.

Rfrau Stehle fragte, welche Beteiligungen die Gemeinde Friedeburg zum Stichtag der Eröffnungsbilanz habe.

GOR Arians erklärte, dass die Gemeinde Friedeburg an dem Bürgerwindpark in Bentstreek sowie an den Raiffeisenbanken beteiligt sei.

TOP 9 Kommunale Beteiligungsmöglichkeit an der EWE Netz GmbH
Vorlage: 2018-078

Der BM erläuterte die Sitzungsvorlage.

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 29.08.2018 wurde mit 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Dem VA wird empfohlen, dem Rat folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Die Gemeinde Friedeburg beteiligt sich im Jahr 2018 nicht über die Kommunale Netzbeteiligung Nordwest GmbH & Co. KG (KNN) an die EWE Netz GmbH.

TOP 10 Nutzung des Webseiten-Kooperationsmodells der Ostfriesland
Tourismus GmbH
Vorlage: 2018-081

GA Janßen erläuterte die Sitzungsvorlage ausführlich.

Rh. Johansen fragte, ob Folgekosten bereits abzuschätzen seien.

GA Janßen erklärte, dass für den Support jährlich 3.840 € und für das Hosting jährlich 2.988 € an die „OTG“ zu zahlen seien. Diese Kosten verteilen sich auf fünf bis sechs Kooperationspartner, sodass der Anteil der Gemeinde Friedeburg unter 1.000 € pro Jahr läge.

Rh. Lohfeld fragte, ob es sich lediglich um einen Link auf der Homepage des „OTG“ handele und die Gemeinde Friedeburg dann über die Region vermarktet werde, oder ob es eine eigene Homepage gebe.

GA Janßen erklärte, dass das Modell „Ostfriesland“ vermarktet werde und die Gemeinde Friedeburg als ein Teil von Ostfriesland dargestellt werde. Die Region, Friedeburg und insbesondere die einzelnen Ortschaften in der Gemeinde Friedeburg können sich mit all ihren Highlights vorstellen.

Rfrau Behrens fragte, ob es zwischen der politischen und der touristischen Homepage der Gemeinde Friedeburg eine optische Trennung gebe.

GA Janßen erklärte, dass zunächst nur die touristische Homepage überarbeitet werde und es somit eine optische Trennung gebe. Es gebe jedoch bereits Überlegungen, die politische Homepage an die touristische Homepage anzupassen.

Rfrau Heeren fragte, ob die Bearbeitung der politischen Homepage zusätzliche Kosten verursachen werde.

GA Janßen erklärte, dass zusätzliche Kosten entstünden, die Höhe jedoch nicht bekannt sei.

Der BM wies darauf hin, dass die Überarbeitung der politischen Homepage deutlich anspruchsvoller sei. Aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen habe die Gemeinde Friedeburg ab dem Jahr 2021 diverse Leistungen online anzubieten. Zum jetzigen Zeitpunkt könne kein endgültiges Ergebnis für die politische Homepage präsentiert werden.

Rfrau Stehle fragte, ob auch mit dem „Basis“-Paket gearbeitet werden könne.

GA Janßen erklärte, dass das erweiterte Paket mehr Möglichkeiten biete, wie beispielsweise die Erstellung von Bildercollagen. Der Preisunterschied zwischen dem „Basis“-Paket und dem erweiterten Paket betrage einmalig 5.000 €.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 29.08.2018 wurde mit 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Dem Verwaltungsausschuss wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Gemeinde Friedeburg beteiligt sich mit dem Preismodell „Erweitert“ an dem Webseiten-Kooperationsmodell der Ostfriesland Tourismus GmbH.

**TOP 11 Satzung über Aufwands-, Verdienstausfall- und Auslagenentschädigung für Ratsfrauen/Ratsherren und ehrenamtlich tätige Personen in der Gemeinde Friedeburg - Neufassung
Vorlage: 2017-029**

Rfrau Stehle wies darauf hin, dass sich die Gemeinde Friedeburg in der Öffentlichkeit als familienfreundliche Gemeinde darstelle, dennoch die Beiträge für die Mittagsverpflegung in den Grundschule erhöhe um den Haushalt zu entlasten. Die Entlastung in Höhe von 18.000 € solle nicht für die Aufwandsentschädigung der Ratsherren und Ratsfrauen ausgegeben werden, da dieses ein Ehrenamt sei. Ein Ehrenamt sei eine freiwillige Sache, das niemand aufgrund der Aufwandsentschädigung ausübe.

Rh. Meyer erklärte, dass er das Ehrenamt nicht übernommen habe, um damit Geld zu verdienen. Er wies jedoch darauf hin, dass im Jahr 2007 die letzte Anpassung stattgefunden habe und dass zumindest die Fahrtkosten durch die Entschädigung gedeckt sein müssen.

Rfrau Behrens sprach sich gegen eine Erhöhung aus, auch wenn die Steigerung der Aufwandsentschädigung im Vergleich zu den Personalkosten sehr gering sei.

Rh. Hyda erklärte, dass er keine Notwendigkeit für eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung sehe.

Rh. Lohfeld stellte fest, dass seit 2007 keine Anpassung stattgefunden habe und dass der Verzicht auf die Erhöhung keine Rettung für den Haushalt darstelle. Rh. Lohfeld wies darauf hin, dass seit März interfraktionell über dieses Thema diskutiert werde und dass die teilnehmenden Fraktionen „FWG“ und „Grüne“ kein Veto eingelegt haben. Für die Ausübung des Ehrenamtes werde Freizeit geopfert und Kosten getragen, welche durch die Aufwandsentschädigung gedeckt sein müsse.

Rfrau Stehle erklärte, dass sie zwar kein Veto aber auch keine Zustimmung signalisiert habe.

Rh. Meyer kritisierte, dass die Mandatsträger öffentlich über ihre eigene Aufwandsentschädigungen diskutieren. Bei anderen Mandaten werde die Aufwandsentschädigung nach jeder Periode angepasst und peu à peu erhöht.

GA Janßen erklärte, dass das Satzungsrecht dem Rat obliege. Eine prozentuale Anpassung sei rechtlich nicht zulässig, jedoch können die Entschädigungssätze in einem regelmäßigen Abstand von fünf Jahren aufgrund der Empfehlungen der Entschädigungskommission überprüft werden. Eine Entscheidung über die Erhöhung läge dann wieder bei dem Gemeinderat.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 30.08.2018 wurde mit 6 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Dem VA wird empfohlen, dem Rat folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Dem anliegenden Entwurf der Neufassung der Satzung über Aufwands-, Verdienstausfall- und Auslagenentschädigung für Ratsfrauen/Ratsherren und ehrenamtlich tätige Personen in der Gemeinde Friedeburg wird zugestimmt.

**TOP 12 Richtlinien für die Aufnahme von Krediten
Vorlage: 2018-069**

GOR Arians erläuterte die Sitzungsvorlage.

Rfrau Stehle fragte, warum der erste Satz des § 4 der Richtlinie verweicht wurde. Hier sei das Wort „müssen“ durch das Wort „sollen“ ersetzt worden.

Der BM erklärte, dass es für die Verweichung keinen Hintergrund gebe. Die neue Richtlinie sei an das Muster des Nds. Städte- und Gemeindebundes angepasst worden, welche das Wort „sollen“ beinhalte.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 01.08.2018 wurde mit 9- Ja-Stimmen zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Dem Gemeinderat wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Richtlinien für die Aufnahme von Krediten und zur Umschuldung von Krediten nach § 120 Abs. 1 Satz 2 NKomVG werden in der beiliegenden Fassung beschlossen.

TOP 13 Annahme von Spenden

**TOP 13.1 Annahme einer Geldspende - Sommerfest Sonnenstein-Kindergarten
Horsten
Vorlage: 2018-059**

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 24.07.2018 wurde mit 9- Ja-Stimmen zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Dem Verwaltungsausschuss wird folgender Beschluss empfohlen:

Die Annahme der Geldspende der Besucher des Sommerfestes für die KiTa Horsten in Höhe von 421,43 € gemäß Drucksache 2018-059 wird genehmigt.

**TOP 13.2 Annahme einer Geldspende für einen Turtle Kinderbus
Vorlage: 2018-060**

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 30.07.2018 wurde mit 9- Ja-Stimmen zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Dem Verwaltungsausschuss wird folgender Beschluss empfohlen:

Die Annahme der Geldspende für die Anschaffung des Turtle Kinderbusses in Höhe von 1.600,00 € gemäß Drucksache 2018-060 wird genehmigt.

**TOP 13.3 Annahme einer Geldspende - Leseinsel Friedeburg
Vorlage: 2018-061**

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 24.07.2018 wurde mit 9- Ja-Stimmen zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Dem Verwaltungsausschuss wird folgender Beschluss empfohlen:

Die Annahme der Geldspende des Lions Förderverein für die Leseinsel Friedeburg in Höhe von 700,00 € gemäß Drucksache 2018-061 wird genehmigt.

**TOP 13.4 Annahme einer Geldspende - Jugendfeuerwehr Reepsholt/Wiesede
Vorlage: 2018-082**

Rh. Lohfeld merkte an, dass die Namen der Spender in die Sitzungsvorlage aufgenommen werden sollen.

Der BM erklärte, dass die Spender vor der Erstellung der Sitzungsvorlage gefragt werden, ob eine Veröffentlichung des Namens gewünscht sei und auf den Datenschutz bewusst Wert gelegt werde.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 30.08.2018 wurde mit 9- Ja-Stimmen zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Dem Verwaltungsausschuss wird folgender Beschluss empfohlen:

Die Annahme der Geldspende für die Jugendfeuerwehr Reepsholt/Wiesede in Höhe von 200,00 € gemäß Drucksache 2018-082 wird genehmigt.

**TOP 14 Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten - öffentlicher
Teil**

Es erfolgte kein Bericht, da keine relevanten Themen vorlagen.

TOP 15 Anfragen und Anregungen - öffentlicher Teil

Rh. Lohfeld regte an, dass Reiten auf den Gehwegen zu verbieten und bei Verunreinigung des Gehweges den Eigentümer/ die Eigentümerin des Pferdes heranzuziehen.

Der Vorsitzende schloss um 20:54 Uhr die öffentliche Sitzung.

Vorsitzender

Bürgermeister

Protokollführerin